

Luo Gan muß als einer der wichtigsten Männer in der chinesischen Regierung angesehen werden. In letzter Zeit hat er sich durch zahlreiche Medien-Auftritte, Auslandsreisen und durch einen weitgespannten Aktionsradius (von Fragen der Hochwasserbekämpfung bis hin zur Inneren Sicherheit) profiliert. Er wird als Nachfolger von Außenminister Qian Qichen oder gar von Ministerpräsident Li Peng gehandelt. Über seine Sprachkenntnisse und eventuelle persönliche Kontakte nach Deutschland ist nichts Genaueres bekannt. -hei-

*(10)

Politischer Alleingang einer Tochter Deng Xiaopings

Während einer Werbereise für ihre jüngst in den Vereinigten Staaten erschienene Biographie *Deng Xiaoping, My Father* hat Deng Rong für einen Eklat gesorgt.

In einem Interview mit der *New York Times* sagte Deng Rong, daß die Gesundheit ihres Vaters sich stetig verschlechtere. Diese Meldung löste weltweit Alarmstimmung aus, und ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums hatte seine liebe Mühe, die mit den Beijinger Stellen offensichtlich nicht abgesprochene Äußerung Deng Rongs zu dementieren.

Politisch noch brisanter sind die Aussagen Deng Rongs zu innerchinesischen politischen Verfolgungen, an denen Deng Xiaoping maßgeblichen Anteil hatte. Sie stellte fest, daß ihr Vater während der Kampagne gegen "Rechtsabweichler" 1957 "hot-headed", so die englische Wiedergabe in der *New York Times*, gewesen sei. (In der offiziellen Parteigeschichtsschreibung wird heute nur eingestanden, daß die Kampagne damals unangemessen "ausgeweitet" wurde.) Deng Rong sagte darüber hinaus, daß die Vorfälle im Zusammenhang mit der Protestbewegung von 1989 "eine Tragödie" darstellten, deren Neubewertung die Nachfolgeneration beschäftigen werde.

Der chinesische Propaganda-Apparat registrierte offenbar mit einiger Erschütterung diese Äußerungen und verhinderte, daß irgendwelche Meldungen über Deng Rongs Interview in chinesischen Medien auftauchten. Die Beijinger Führung muß die Äußerungen Deng Rongs als Illoyalität gegenüber der offiziellen Parteilinie und als unverantwortlichen Alleingang verstehen.

Die Beziehungen zwischen der amtierenden Parteiführung und der Deng-Nachkommenschaft sind allem Anschein nach nicht die besten. Die Töchter und Söhne Dengs haben sich in den letzten Jahren vor allem dadurch hervorgetan, daß sie den Namen ihres Vaters geschickt zur persönlichen Bereicherung einsetzten. In Shenzhen zählen die jungen Dengs zu den häufig geladenen Gästen, die für lukrative Honorare der Einweihung neuer Immobilien- und anderer Großprojekte beiwohnen. Auch Deng Rong dürfte allein schon aufgrund der Biographie ihres Vaters, die sich in der chinesischsprachigen Welt als *Bestseller* erwies, zu den Dollar-Millionären gehören. (*The Economist*, 28.1.1995, S.59-60.)

Der politische Einfluß der Kinder Dengs wird mit dem Tod des Vaters vermutlich verloren gehen. Noch im letzten Jahr konnten sie als Interpreten der schwer verständlichen und kurzatmigen politischen Äußerungen ihres Vaters fungieren. Da Deng inzwischen nicht mehr in der Lage ist, das politische Geschehen zu kommentieren oder gar Ratschläge und Anweisungen zu geben, ist dem Deng-Haushalt nun wohl auch diese Möglichkeit der politischen Einflußnahme versperrt. -hei-

*(11)

Serie von Naturkatastrophen im Jahre 1994: Läuft das "Himmlische Mandat" ab?

Wie im Jahre 1976, als Flutkatastrophen in Shandong und verheerende Erdbeben in Hebei und Sichuan den Wechsel des "Himmlischen Mandats" vor Maos Tod ankündigten, werden die Naturkatastrophen des letzten Jahres zusammen mit dem Kobe-Erdbeben in ländlichen Regionen Chinas als *Omina* für anstehende politische Umwälzungen interpretiert.

Nach Angaben der *Volkszeitung* hat die schwerste Flut im Juni in Guangxi stattgefunden. 240.000 Häuser seien zerstört, 1,22 Mio. Hektar Ackerland verwüstet und 113.000 Stück Vieh getötet worden. Der wirtschaftliche Schaden belaufe sich auf ungefähr 15 Mrd. Yuan RMB.

Die Provinz Anhui, die noch 1991 von einer verheerenden Flut heimgesucht worden war, litt im letzten Jahr unter der schwersten Dürre seit Gründung der VR China. Die Dürreperiode hielt fünf

Monate an und verursachte ökonomische Schäden in Höhe von rund 12 Mrd. Yuan RMB.

Mitte September wurde in der Taiwan-Straße ein Erdbeben der Stärke 7,3 auf der Richterskala registriert, das Schäden in Höhe von 160 Mio. Yuan RMB verursachte.

Schlimmer wirkte sich ein Hagelsturm in der zentralchinesischen Provinz Jiangxi aus, der im Mai Schäden von 1,4 Mrd. Yuan RMB hervorrief. Darüber hinaus war die Provinz Zhejiang von einem schweren Taifun im August betroffen. (RMRB, 25.1.1995)

Nach den Regeln der traditionellen Naturbeobachtung ist die Zeit für einen Machtwechsel in China wohl reif. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß die Beijinger Führung sich dieser Interpretation anschließen wird. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(12)

Forschungsplanung der Akademie der Wissenschaften

Auf ihrer Sitzung über die Arbeit im Jahre 1995 hat die Chinesische Akademie der Wissenschaften die Forschungsschwerpunkte für den 9.Fünfjahrplan (1996-2000) sowie für einen Fünfzehnjahrplan bis zum Jahre 2010 bekanntgegeben. In der Phase des 9.Fünfjahrplans will die Akademie sich wissenschaftlich-technischen Aufgaben zuwenden, die für die Volkswirtschaft von Bedeutung sind, wie z.B. Produktionstechniken und Verbesserung der Getreideproduktion. In der Grundlagenforschung soll der Schwerpunkt auf Biowissenschaft und Mathematik gelegt werden, des weiteren sollen Physik der kondensierten Materie, Informatik, Werkstoff-, Energie- und Umweltwissenschaft gefördert werden. Es soll vor allem auch fächerübergreifende Forschung betrieben werden. (RMRB, 13.1.95)

Mit besonderer Unterstützung des Staates erwägt die Akademie, auf einigen Forschungsgebieten wie Hochenergiephysik, Synchrotron-Strahlung, Kernfusion, Astronomie und Kernphysik Großanlagen zu bauen (ebd.). Solche Großanlagen waren vor etwa zehn Jah-

ren gebaut worden, darunter z.B. der Doppelspeicherring in Beijing, das Synchrotron in Hefei und der Beschleuniger für schwere Teilchen in Lanzhou. Die Anlagen werden Ende des Jahrhunderts überholt sein. Um also den Anschluß an das Weltniveau nicht zu verlieren, müssen diese Großanlagen erneuert bzw. erweitert werden. (XNA, 13.1.95)

Weitere Projekte betreffen u.a. die Gebiete Werkstoffe, Photoelektronen, Computer und Nachrichtentechnik, chemische Industrie, Biotechnologie, Pharmazie, medizinische Geräte und umweltverträgliche Landwirtschaft. Hier sollen mit staatlicher Unterstützung Kooperationsbeziehungen mit Produktionsbetrieben und mit dem Ausland aufgebaut werden und ca. 40 technologische Zentren entstehen. Ferner sollen selektiv einige Forschungszentren für Hochtechnologie und Speziallabore errichtet werden. Schließlich soll das Kontroll- und Forschungsnetz für die natürlichen Ressourcen und eine ökologische Umwelt angepaßt und verbessert werden und ein entsprechendes Informationssystem aufgebaut werden. (RMRB, 13.1.95)

In dem längerfristigen Forschungsplan bis zum Jahre 2010 werden folgende Punkte genannt: Auf den Gebieten Energie, Informatik und Werkstoffe sollen wichtige wissenschaftlich-technische Probleme und Schlüsseltechnologien erforscht und entwickelt werden. In wichtigen Grundlagenwissenschaften wie Teilchenphysik, Astrophysik, Weltraumwissenschaft und Monderforschung sollen leistungsfähige Wissenschaftler von hohem Niveau ausgebildet werden. Aufeinander abgestimmt sollen Grundlagenwissenschaften wie Mathematik, Physik, Chemie und Astronomie entwickelt werden, und umfassende anwendungsorientierte Fächer wie Informatik, Werkstoffe und Energie sowie übergreifende Disziplinen wie Weltraumwissenschaft und Systemforschung werden ebenfalls gefördert, weil man davon ausgeht, daß sie für die Forschungsstruktur des 21. Jh. ausschlaggebend sein werden (ebd.).

Wissenschaft und Technik nehmen im Modernisierungsprogramm Chinas eine herausragende Stellung ein. Dies erklärt sich nicht nur aus der Bedeutung, die ihnen für die Wirtschaftsentwicklung zugemessen wird, sondern auch aus dem Bestreben, durch Spitzenleistungen in Wissenschaft und Technik Chinas Stellung in der Welt zu verbessern. Die

Appelle von offizieller Seite an die Wissenschaftler, "für das Vaterland" Spitzenleistungen zu erbringen, gründen letztlich auf nationalistischen Motiven. Von daher wird verständlich, daß China insbesondere ehrgeizige Prestigeprojekte fördert, wie z.B. die Erforschung des Mondes. China plant, um das Jahr 2000 ein Raumschiff zum Mond zu schicken. In einem Interview mit Xinhua erklärte der Direktor des Raumfahrtzentrums der Akademie der Wissenschaften, Prof. Jiang Jingshan, die chinesische Raumfahrttechnik sei in der Lage, den Mond zu erforschen. Eine Vorabstudie des Mondprojektes sei begonnen worden, und man habe vor, in der ersten Projektphase einen Forschungssatelliten zum Mond zu befördern. Dieser werde mit Detektoren zur genauen Beobachtung des Mondes, der Erde und anderer Planeten ausgestattet sein. In den kommenden Jahren wolle man überdies neue Raumsonden entwickeln. Chinas Trägerraketentechnik biete beste Voraussetzungen für die Beförderung von Satelliten in den Weltraum, wie in den vergangenen zehn Jahren mehrfach unter Beweis gestellt. (XNA, 14.1.95)

Bis zum Jahr 2010, so sagte der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften Lu Yongxiang auf der Sitzung voraus, werde die Chinesische Akademie der Wissenschaften eine der führenden internationalen Forschungseinrichtungen sein und neue Forschungsergebnisse auf Gebieten wie Monderforschung, Evolution des Universums, Ursprung des Lebens, Gravitation im Weltraum, Teilchenphysik und Astrophysik vorweisen (ebd.). Diese Äußerung macht deutlich, daß wissenschaftliche Leistungen in hohem Maße für die Stärkung des nationalen Selbstbewußtseins instrumentalisiert werden. Wissenschaft, so belehrt ein namhafter Physiker in der *Volkszeitung* die jüngere Wissenschaftlergeneration, kenne zwar keine Landesgrenzen, aber der Wissenschaftler habe ein Vaterland (RMRB, 9.1.95, S.4). -st-

* (13)

Politische Konsultativkonferenz: Mehr Unterstützung für Elementarbildung

Auf einer Tagung des Ständigen Ausschusses der Politischen Konsultativkonferenz Mitte Januar 1995 hat deren Vorsitzender Li Ruihuan mit deutlichen Worten gefordert, der Elementarbildung stärkere Aufmerksamkeit zu schenken und sie mehr zu unterstützen.

In seiner Rede (abgedruckt in RMRB u. GMRB, 15.1.95) betonte Li, daß die Elementarbildung, einschließlich Vorschul-, Grund- und Mittelschulbildung, der wichtigste Bereich im gesamten Bildungswesen sei. Sie sei zum einen Grundlage für die Hochschulbildung, die für die Ausbildung einer großen Anzahl von Wissenschaftlern, Technikern und sonstigen Fachleuten wichtig sei, die für die Modernisierung gebraucht würden. Zum anderen sei sie für die Anhebung des Niveaus der Arbeitskräfte insgesamt von entscheidender Bedeutung, denn ihre Hauptaufgabe bestehe in der Heranbildung qualifizierter Arbeitskräfte. Die Elementarbildung müsse sowohl wissenschaftlich-kulturelle Kenntnisse als auch technische Fertigkeiten, sowohl moralische Inhalte als auch körperlich-seelische Qualitäten vermitteln. Sie allein gehe das ganze Volk an, insbesondere die neunjährige Pflichterziehung müsse jeder Bürger per Gesetz erhalten.

Trotz der schnellen Entwicklung der Elementarbildung gebe es allerdings gravierende Probleme. So beklagte Li Ruihuan vor allem die immer noch hohe Zahl von Analphabeten, die mangelhafte Finanzausstattung, die niedrigen Lehrergehälter und die teilweise überholten Bildungsinhalte und -methoden.

Im Durchschnitt der gesamten Bevölkerung mache die Schulbildung nur 5,4 Jahre aus. Die Zahl der Analphabeten über 15 Jahre betrage 180 Millionen, das seien 22,25 Prozent der Bevölkerung dieses Alters, darunter allein 52 Millionen Jugendliche. Trotz aller Anstrengungen würden immer noch jedes Jahr eine Million neue Analphabeten auf den Arbeitsmarkt drängen. In den beiden letzten Jahren sei vielerorts die Schulabbrecherate wieder angestiegen, wodurch die Einführung der allgemeinen Schulpflicht ernsthaft beeinträchtigt werde.

Die prekäre Finanzsituation erläuterte Li Ruihuan anhand folgender Zahlen: Der Anteil der Bildungsausgaben am nationalen Bruttoproduktwert habe 1993 nur 2,66 Prozent ausgemacht, das seien pro Person durchschnittlich 12,92 US-Dollar. Dieser Anteil liege nicht nur viel niedriger als bei den entwickelten Ländern, sondern auch noch unter dem der Entwicklungsländer, wo der Anteil durchschnittlich 4,1 Prozent betrage. Gemäß Verfügung der Zentrale hätten die Provinzen mindestens 20 Prozent ihrer Ausgaben ins Bildungswesen zu investieren; dieses hätten der-

zeit aber nur vier Provinzen erreicht. Ein Problem sei fernerhin, daß der weitaus überwiegende Teil der Bildungsausgaben für Personalkosten aufgewendet würde; 1993 hätten die Ansätze für Personalkosten in den Bildungsetats bei den regulären Mittelschulen 82,81 Prozent, bei den Grundschulen sogar fast 90 Prozent betragen. Dies bedeutet, daß für Schulgebäude, Lehrmittel und sonstige Ausstattung kaum Geld vorhanden ist. Zwei Tage zuvor hatte der stellvertretende Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz Qian Weichang bereits eine Erhöhung der Investitionen ins Bildungswesen gefordert. Bis zum Ende des Jahrhunderts müsse der Anteil der Bildungsausgaben am nationalen Bruttoproduktionswert auf 4 Prozent ansteigen, so wie es im Programm für die Reform und Entwicklung des Bildungswesens (vom Februar 1993) festgelegt sei (s. GMRB, 13.1.95).

Die Gehälter der Lehrer seien niedriger als in den meisten anderen Berufen, insbesondere auf dem Lande. Zudem bestünden große Unterschiede. Die Gehälter der nichtstaatlichen Lehrer betrügen im Landesdurchschnitt pro Monat nur 80-100 Yuan. In vielen Gegenden gebe es immer noch Rückstände bei den Gehaltszahlungen.

Was schließlich die Lehrinhalte und -methoden angehe, so müßten sie dringend verbessert werden. Die Inhalte der Unterrichtsmaterialien seien teilweise veraltet und die Lehrpläne nicht mehr angemessen. Im übrigen trage der Unterricht überhaupt nicht der Tatsache Rechnung, daß die Mehrzahl der Schüler nach Beendigung der Schule ins Berufsleben entlassen würde; anstatt die Schüler auf die Praxis vorzubereiten, habe man nur die Übergangsraten im Auge. Die Lehrmethoden seien zu unwissenschaftlich, Erscheinungen wie Einpaukmethode und mechanisches Auswendiglernen seien immer noch gang und gäbe. Außerdem sei die Belastung der Schüler zu groß. Über die Frage der Lehrinhalte und Lehrpläne wird gegenwärtig wieder heftig diskutiert. Umstritten ist hauptsächlich, ob und inwieweit die Mittelschulen auch Arbeitstechniken vermitteln und auf diese Weise die Schüler auf das Berufsleben vorbereiten sollen. Für eine solche Ausrichtung der Lehrpläne kämpft eine starke Lobby, wobei nicht nur pädagogische, sondern auch politische Motive eine Rolle spielen (vgl. z.B. einen entsprechenden Leserbrief von Ver-

tretern der Propagandaabteilung eines Kreises in Jiangsu in GMRB, 13.1.95, S.6; s.a. GMRB, 18.1.95, S.2).

Li Ruihuan rief die Verantwortlichen ebenso wie die gesamte Gesellschaft dazu auf, der Elementarbildung grundlegende Bedeutung beizumessen und nicht nur leere Worte zu machen, sondern die Probleme anzupacken. Li selbst scheint diese Forderung ernstzunehmen, jedenfalls zeichnet sich seine Rede dadurch aus, daß sie in mehreren Punkten konkret ist und nichts beschönigt. Damit will er auf die gravierenden Probleme im Bildungswesen aufmerksam machen und die Notwendigkeit höherer Investitionen betonen. Realistischerweise geht Li hinsichtlich der Analphabetenrate von der Bevölkerung über 15 Jahre aus und nicht, wie es wegen der günstigeren Optik meist geschieht, von der Gesamtbevölkerung; dann nämlich betrüge die Rate nur 16 Prozent. Auch gibt er offen zu, daß die Zahl der Schulabbrecher wieder wächst. Unabhängig davon, wie zuverlässig die von Li benutzten Zahlen sind (eine andere Quelle gibt die Zahl der Analphabeten unter den über 15jährigen mit 150 Millionen an), bleibt festzuhalten, daß im Kampf gegen das Analphabetentum in den letzten Jahren nicht viel erreicht worden ist. Schon 1991 war die Zahl der Analphabeten offiziell mit 180 Millionen beziffert worden (XNA, 27.7.91). Da die offiziellen Statistiken zum Bildungswesen nicht selten auf "bereinigten" Zahlen beruhen, wie sie die unteren Verwaltungsebenen an die höheren weitergeben, sie also eher zu niedrig liegen, ist kaum anzunehmen, daß Li Ruihuan übertrieben hat. -st-

*(14)

554 Kreise haben neunjährige Schulpflicht verwirklicht und Analphabetentum abgeschafft

Die zwei grundlegenden Aufgaben im Erziehungswesen, nämlich die Einführung der allgemeinen neunjährigen Schulbildung und die Abschaffung des Analphabetentums unter den 15- bis 45-jährigen, sollen laut Vorgabe der Zentrale in Etappen bis zum Jahr 2000 in ganz China erfüllt sein. Gegenwärtig haben erst 554 Einheiten auf Kreisebene beide Ziele erreicht. Kürzlich gab die Staatliche Erziehungskommission die Namen der 554 Kreise bekannt. Künftig sollen die Namen der Kreise, die die beiden Aufgaben verwirklicht haben, jedes Jahr veröffentlicht werden. Die Kommission hat 1993 damit begonnen,

anhand eines bestimmten Bewertungs- und Feststellungssystems die entsprechenden Kreise zu ermitteln. Bis Ende Oktober 1994 hatten danach 554 Kreise in 27 Provinzen die neunjährige Schulpflicht eingeführt und das Analphabetentum unter Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen abgeschafft. Das sind 19 Prozent, also etwa ein Fünftel aller Einheiten auf Kreisebene. (Bei dieser Prozentzahl wird von 2.833 Kreiseinheiten ausgegangen, d.h. die Stadtbezirke werden mitgezählt. Rechnet man letztere nicht mit, sondern legt nur die eigentlichen Kreise (*xian*) und Städte (*shi*) zugrunde, nämlich 2.164 Einheiten, wie es in der Meldung XNA, 18.1.95 der Fall ist, dann hat etwa ein Viertel dieser Einheiten die beiden Ziele erreicht.) Die Mehrzahl der erfolgreichen Kreise, nämlich 56,1 Prozent, liegt in den entwickelten Küstenregionen des Ostens. In den süd- und nordwestlichen Provinzen betrug der Anteil nur 8,8 Prozent, in den mittelchinesischen Provinzen 35,1 Prozent. (RMRB, 16.1.95, S.5) In den drei Stadtstaaten Beijing, Shanghai und Tianjin ist die neunjährige Schulpflicht eingeführt und gibt es keine Analphabeten unter 45 Jahren. Sehr gut stehen auch die drei nordöstlichen Provinzen Liaoning, Heilongjiang und Jilin da, wo das Analphabetentum bei den unter 45jährigen ebenfalls abgeschafft ist. (XNA, 18.1.95)

Offenbar werden bei der Überprüfung, ob die beiden Ziele erreicht sind, vielfach Täuschungsmanöver unternommen. Jedenfalls hat die Staatliche Erziehungskommission kürzlich in einem Rundschreiben an die örtlichen Regierungen appelliert, die Überprüfung ernstzunehmen und keine falschen Tatsachen vorzutauschen. Dem Rundschreiben zufolge obliegt die Überprüfung der Bildungsarbeit der Kreise den jeweiligen Provinzregierungen. Gegenstand der Untersuchung habe die Kreisregierung zu sein, nicht jedoch die Schulen selbst, denn diese würden häufig "Willkommensaktivitäten" für die Untersuchungskommission organisieren. Die Kreisregierungen sollten nicht die ganze Zeit untätig sein und dann plötzlich vor der Überprüfung die "Zielmarke erreicht" haben. Der Nachweis über die Erfüllung der beiden Aufgaben sei durch Originalmaterial zu belegen, und Zahlen dürften nicht zu rechtgebastelt oder absichtlich korrigiert werden. Zusätzlich sei ein breites Meinungsspektrum von politischen Organen, Lehrern und Eltern der Schüler einzuholen. (RMRB, 12.1.95)

Angeichts der geringen Erfolgsrate muß es fraglich erscheinen, ob die neunjährige Schulpflicht bis zum Jahr 2000 eingeführt und das Analphabetentum bis dahin abgeschafft sein kann. Ohnehin hat die Regierung für unterentwickelte Gebiete die Frist bis ins nächste Jahrhundert hinein verlängert. Sie spricht davon, daß beide Ziele bis zum Jahr 2000 "im wesentlichen" erreicht sein sollen. Doch wird die Zahl der Nachzügler mit Sicherheit höher liegen, als erwartet. -st-

*(15)

Schwerpunkte der Kulturarbeit 1995

Auf einer Mitte Januar 1995 einberufenen nationalen Konferenz über die Kulturarbeit des Jahres 1995 verkündete Kulturminister Liu Zhongde die Schwerpunkte der Kulturarbeit für das neue Jahr. Seinen Ausführungen zufolge steht die Kontrolle über den Kulturmarkt wie in den vergangenen Jahren wiederum an erster Stelle, d.h. vor allem Kampf gegen Pornographie und andere illegale kulturelle Aktivitäten und Publikationen. Höchstes Ziel bleibt die Sauberhaltung des Kulturmarktes. Zu diesem Zweck errichtet das Kulturministerium ein landesweites Monitornetz zur Beobachtung des Kulturmarktes, führt ein Lizenzsystem ein und wird jeweils zum Jahresende Überprüfungen durchführen. Außerdem erwartet der Minister noch für dieses Jahr den Entwurf eines Gesetzes zur Kontrolle des Kulturmarktes. Weitere Schwerpunkte sind die Fortführung der Theaterreform (Struktur- und Personalreform, Finanzierung nicht mehr allein durch den Staat, sondern auch von privater Seite), die Schaffung hervorragender Kunstwerke, insbesondere solcher Werke, die den Aufbau der sozialistischen Modernisierung und den Zeitgeist widerspiegeln, Denkmalschutz und nicht zuletzt eine Förderung der Dorfkultur. (RMRB u. XNA, 18.1.95) Neben der Kontrolle des Kulturmarktes stellt der Aufbau der Dorfkultur die wichtigste Aufgabe der Kulturarbeit für dieses Jahr dar. Wie der Aufbau der Kultur in den Dörfern vonstatten gehe, sei von entscheidender Bedeutung für die Situation des gesamten Landes, heißt es in der *Guangming-Zeitung* (22.1.95).

Seit Beginn der Reformpolitik hat sich auf dem Lande, in den Dörfern und Marktflecken, ein eigenständiges Kulturleben entfaltet, zumal man auch den Wert kultureller Aktivitäten als Wirt-

schaftsfaktor erkannt hat. Vielfach allerdings entgleitet dem Staat die Kontrolle über die kulturellen Aktivitäten auf der unteren Ebene. Deshalb sollen jetzt die Parteikomitees der untersten Ebene die kulturellen Aktivitäten in den Dörfern stärker ins Visier nehmen. -st-

*(16)

Volkszeitung mit erweitertem Umfang

Seit dem 1. Januar 1995 erscheint die *Volkszeitung*, das Organ des ZK der KPCh, täglich außer an Sonn- und Feiertagen mit zwölf Seiten Umfang. Bisher erschien die Zeitung nur zweimal pro Woche mit 12, sonst mit acht Seiten. Diesen Schritt erläuterte die Redaktion zu Neujahr in einem Brief an die Leser (RMRB, 1.1.95). Mit der erweiterten Ausgabe will die Redaktion das Leserinteresse nach mehr Nachrichten und Information befriedigen. Aufgrund des erweiterten Umfangs wird auch der Inhalt teilweise neu aufgeteilt. Der neue Aufbau wird in dem Brief wie folgt erläutert: Die ersten acht Seiten stehen für Nachrichten aus dem In- und Ausland zur Verfügung, Seite 1 für wichtige Nachrichten, Seite 2 für Wirtschaft, S. 3 für Politik, Recht und Gesellschaft, Seite 4 für wichtige Meldungen; Seite 5 für Erziehung, Wissenschaft, Technik und Kultur, Seite 7 und 8 für Nachrichten aus dem Ausland, Seite 8 für Sport; die Seiten 9 bis 12 sind für Sonderartikel und Spezialrubriken vorgesehen, nämlich Seite 9 für Leserbriefe, die Theoriesparte, die Sparte "Freunde der Leser" (Fragen und Meinungsäußerungen von Lesern, die von den Redakteuren beantwortet werden) und Artikel über verschiedene Orte, Seite 10 für die Wirtschaft auf dem Lande, Literatur- und Kunstkritik, literarische Werke und die Sparte "Wirtschaftsleben", Seite 11 für die Sparten "Parteiaktivitäten", "Kreuz und quer durchs Rechtssystem", "Wissenschafts- und Technologiegarten", "Kultur", "Wissenschaftliche Trends", "Jugend heute", "Die große Familie der Nationalitäten", Dokumente, Reportagen, Erinnerungen, Taiwan - Hongkong - Macao, Zusammenfassungen und Fotografien, Seite 12 für die Beilage "Großes Land".

Mehr Platz steht jetzt vor allem für Sport (eine ganze Seite, früher maximal eine halbe) und für die Sondersparten zur Verfügung, aber auch - und das wird in dem Brief der Redaktion an die Leser nicht gesagt - für Werbung. Die Steigerung der Einnahmen aus dem An-

zeigengeschäft dürfte ein wichtiges Motiv für die Erweiterung des Zeitungsumfangs gewesen sein, denn wie alle Zeitungen und Zeitschriften ist auch die *Volkszeitung* gehalten, sich verstärkt selbst zu finanzieren. -st-

*(17)

Pressewesen

Auf Beschluß Beijings mußte die Hongkonger Tageszeitung *Hong Kong Standard* Anfang Januar das Erscheinen ihrer festlandchinesischen Ausgabe einstellen. Es handelte sich um die einzige ausländische Tageszeitung in englischer Sprache, die in der VR China offiziell genehmigt war. Die Schließung des Blattes, das der Sing Tao Holdings gehört, war kurzfristig angeordnet worden, obwohl ein dreijähriger Vertrag existierte. Als Grund waren gegenüber dem nach Beijing beorderten Generalmanager der Hongkonger Gesellschaft technische Probleme und mangelnde Druckkapazität angeführt worden. Zwar habe die *China Daily* (und übrigens auch die *Volkszeitung*) ihren Umfang von 8 auf 12 Seiten erhöht, aber dies habe man schließlich vorher gewußt, äußerte sich der Generalmanager enttäuscht. Es werde gerätselt, ob es andere Gründe geben könnte, doch habe man keine offiziellen Beschwerden über die Arbeit der Redaktion erhalten. Man habe ein Jahr mit Beijing verhandelt, bevor die Zeitung dort habe erscheinen können, und nun habe sie nur vier Monate erlebt. Man versuche zunächst zu verhandeln und habe noch keine rechtlichen Schritte unternommen, aber man hoffe auf Kompensation für verlorengegangene Investitionen. (IHT, 6.1.95)

Erst kürzlich war in Guangzhou eine teilweise einer Hongkonger Gesellschaft gehörende Wochenzeitung, die *Xiandai Ren Bao* (Moderne Menschen) verboten worden. Das Blatt war 1985 gegründet worden und wurde als Joint Venture der Hongkonger CIM Co., die u.a. die liberale chinesischsprachige Hongkonger Tageszeitung *Ming Pao* kontrolliert, und der Guangdonger Modern Mankind Management Ltd. betrieben. Offenbar war die Zeitung der Beijinger Zentrale zu liberal. Der von der Zentrale angeordneten Schließung der Zeitung waren die Guangdonger Behörden angeblich nur widerwillig nachgekommen (vgl. dazu SCMP, 26.1.95). Wie es scheint, versucht die Partei angesichts eines möglichen Ablebens Deng Xiaopings, gerade jetzt ihre Kontrolle über die Me-

dien zu stärken. Nach wie vor gilt ihnen die Presse als Sprachrohr von Partei und Regierung.

Während Hongkonger Pressekonzerne gehindert werden, auf dem Festland zu publizieren, wurde in Hongkong bekannt, daß die ZK-Propagandaabteilung ausgewählten chinesischen Zeitungen erlauben wolle, nach 1997 Ausgaben in Hongkong herauszubringen. Angeblich wolle die Partei Richtlinien erarbeiten, welche Art von Medien sich in Hongkong niederlassen können (SCMP, 11.1.95).

Unterdessen schrieb die Hongkonger Zeitung *Xin Bao* in ihrer Ausgabe vom 23.1.95 (hier nach SWB, 25.1.95), daß die in Hongkong ansässige Monatszeitschrift *Dang Dai* demnächst ihr Erscheinen einstellen werde. Die Zeitschrift wurde im Zuge der Demokratiebewegung 1989 gegründet und ist organisatorisch mit der Allianz zur Unterstützung der patriotischen und demokratischen Bewegung in China verbunden. *Dang Dai* wurde in Hongkong zum Symbol für die Unterstützung der Hongkonger Bevölkerung für die Demokratiebewegung 1989. Für die Schließung der Zeitschrift werden hauptsächlich finanzielle Gründe genannt. Das Magazin hatte von Anfang an mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Zeitweise wurde es von einem Geschäftsmann unterstützt, aber die monatlichen Verluste konnten damit nicht aufgehalten werden. Hinzu kam, daß von seiten Chinas mit allen Mitteln versucht wurde, die Zeitschrift von ihren Informationsquellen in China abzuschneiden, so daß es für sie zunehmend schwieriger wurde, Informationen aus erster Hand zu erhalten, fatal für eine auf China konzentrierte Publikation. Ein weiterer Grund wird angeführt: Der Zeitschriftenmarkt in Hongkong beginnt sich seit einiger Zeit zu wandeln. Gefragt sind nicht mehr politische Magazine mit seriösen Artikeln, sondern in erster Linie Unterhaltung und Sachinformation.

Wie es scheint, haben die Hongkonger die Vorfälle vom 4. Juni 1989 vergessen. Damals regten sich ihr politisches Interesse und Engagement. Sollte die Hongkonger Bevölkerung jetzt, da der Termin der Rückgabe an China näherückt, wieder in ihre politische Apathie zurückfallen? Beijing könnte eine solche Entwicklung nur recht sein.

Eine ähnliche Entwicklung ist übrigens auch auf dem Festland festzustellen. In den Zeitungen des alten Pressezentrum-

Shanghai beispielsweise schrumpft der Anteil politisch-ideologischer Artikel, relativ gesehen, immer mehr zugunsten anderer Sparten wie Sport, Film und vor allem Wirtschaftsinformationen und Werbung (SCMP, 28.1.95). Die Hinwendung zu Unterhaltung und Sachinformation in der chinesischen Presse steht nicht unbedingt im Widerspruch zu der schärferen Kontrolle durch die Partei, sondern läßt sich sogar unmittelbar auf diese zurückführen. Man nimmt Zuflucht zu politisch unverfänglichen Themen und kommt damit auch dem Leserinteresse entgegen. -st-

*(18)

Festigung der Propagandaarbeit

Die im vergangenen Jahr festzustellende verschärfte Kontrolle über die Medien scheint sich auch im Jahr 1995 fortzusetzen. Dies wurde auf der alljährlich im Januar stattfindenden nationalen Konferenz der Chefs der Propagandaabteilungen deutlich, die dieses Jahr vom 16.-21. Januar in Beijing stattfand (RMRB, 23.1.95). Auf der Konferenz hielten u.a. Jiang Zemin und Ding Guan'gen, Leiter der ZK-Propagandaabteilung, wichtige Reden (vgl. RMRB, 20.1.95 bzw. 23.1.95). Jiang Zemin zeigte sich mit der Propagandaarbeit des abgelaufenen Jahres zufrieden: Die Verantwortlichen in der Partei stützten sich auf Deng Xiaopings "Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung", sie hätten eine Menge Arbeit geleistet hinsichtlich der Propagierung der Gesamtsituation von Partei und Staat, der Reform- und Öffnungspolitik und des wirtschaftlichen Aufbaus; sie hätten Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus verbreitet und sich an die Vorschriften gehalten. Auch für dieses Jahr mahnte er - ebenso wie Ding Guan'gen - die Fortführung dieser Aufgaben an. Beide Politiker riefen auch ausdrücklich dazu auf, für die Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität zu sorgen.

Angeblich soll dies ein Hauptanliegen der Propagandaabteilung im Hinblick auf eine mögliche Ära nach Deng Xiaoping sein. Für die Partei bedeutet die Kontrolle über die Medien eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Stabilität; unabhängige Meinungsäußerung und Pressefreiheit gelten als destabilisierende Faktoren und werden konsequent unterdrückt. Bereits vor Monaten äußerte die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* die Vermutung, daß die Partei mit zunehmendem Krisenbewußt-

sein auch ihre Kontrolle über die Medien verschärfe. Als Anzeichen dafür wertete sie eine wachsende Zahl von Vorschriften, die alle dazu dienen, Pressefreiheit und Liberalisierungstendenzen zu unterbinden. Berichtet wird dort u.a., daß die Propagandaabteilung Listen mit Themen, über die die Medien nicht berichten sollen, ausgegeben habe. Tabuthemen seien z.B. Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmensleitung, Arbeiterstreiks und Bummelstreiks (ZM, Nr. 202, 94/8, S.32-33). Die Existenz solcher Vorschriften wurde im Rahmen der Berichterstattung über die Propagandakonferenz von einer Hongkonger Zeitung bestätigt. Diese berichtete, daß der Chef der Propagandaabteilung die Vorschriften über positive Berichterstattung und über Tabuthemen auf der Konferenz erweitern würde; so dürfe beispielsweise nicht über Arbeiterunruhen und Demonstrationen geschrieben werden, hingegen sollten die Bemühungen der Regierung bei der Bekämpfung der Inflation und der Unternehmensreform positiv bewertet werden (SCMP, 11.1.95). Für die Zukunft der Medien läßt die jüngste Entwicklung nichts Gutes erwarten. -st-

*(19)

Nachfahren der Juden in Kaifeng fordern offiziellen Minderheitenstatus

Nachfahren der jüdischen Gemeinde in Kaifeng, Provinz Henan, fordern von der chinesischen Regierung, ihnen offiziell den Status einer nationalen Minderheit zuzugestehen. Sie behaupten, nicht nur Nachfahren von Juden, sondern echte Juden zu sein und den jüdischen Glauben zu praktizieren. Eine Gruppe jüdischer Kaufleute aus dem Mittleren Osten war über die Seidenstraße vor etwa tausend Jahren nach Kaifeng gekommen und hatte sich dort niedergelassen. Die Juden errichteten dort eine Synagoge und pflegten die jüdischen Riten. Doch bereits im 19. Jahrhundert soll ihre Tradition weitgehend verloren gewesen sein und soll sich ein großer Teil von ihnen mit der chinesischen Bevölkerung vermischt haben. Heute wird das religiöse und historische Erbe der Juden in Kaifeng wieder gepflegt. Für die Forderung nach offizieller Anerkennung gibt es vor allem zwei Gründe: Zum einen möchten die chinesischen Juden in Kaifeng in den Genuß der Privilegien kommen, die den nationalen Minderheiten in China gewährt werden, so vor allem die Freistellung von der Einkind-Politik. Zum anderen erhoffen sie

sich dadurch verstärkte Kontakte mit und Investitionen von ausländischen Juden. Der letztere Grund scheint auch für die örtliche Regierung in Kaifeng attraktiv zu sein; jedenfalls unterstützt diese das Begehren der Juden. So soll in Kaifeng bereits die Gründung einer Wirtschaftsentwicklungszone für Auslandsjuden gebilligt worden sein. Die Staatliche Nationalitätenkommission hingegen weigert sich bislang, dem Begehren stattzugeben. Ihrer Ansicht nach gibt es keine hinreichenden Beweise dafür, daß Juden eine nationale Minderheit in China darstellen. (Vgl. Zhongguo Xinwen She, Beijing, 3.1.95, nach SWB, 9.1.95) -st-

*(20)

Bevölkerungspolitik: 1,2-Mrd.-Marke erreicht

Offiziellen Angaben des Statistischen Amtes und der Staatlichen Familienplanungskommission zufolge wird die Bevölkerungsziffer in China Mitte Februar 1995 einen Stand von 1,2 Mrd. erreichen. Nach der Planung der Regierung aus den achtziger Jahren sollte dieser Stand eigentlich erst im Jahre 2000 erreicht werden. Dieser Plan wurde jedoch Anfang der neunziger Jahre revidiert; nun will man die Bevölkerung bis 2000 nicht über 1,3 Mrd. anwachsen lassen. Die Familienplanungskommission hat für die Jahre 1995-2000 ein nationales Programm ausgearbeitet, das in Kürze veröffentlicht werden soll und eine jährliche Wachstumsrate von 10 Promille vorsieht. Das Programm soll die Wege für die Bevölkerungsplanung des nächsten Jahrhunderts ebnet. Geplant ist bis zum Jahre 2010 eine Bevölkerung von 1,4 Mrd. und bis zur Mitte des nächsten Jh. von 1,5 bis 1,6 Mrd. (RMRB, GMRB, XNA, 19.1.95)

Chinesische Fachleute gehen jedoch davon aus, daß die Bevölkerung im Jahre 2000 mehr als 1,3 Mrd. und bei Beibehaltung der gegenwärtigen Wachstumsrate im Jahre 2030 bereits 1,63 Mrd. umfassen werde (XNA, 17.1.95). Die unterschiedlichen Angaben erklären sich aus der hohen Dunkelziffer nicht-registrierter Geburten. Dennoch sind die Erfolge der Geburtenplanung in China nicht von der Hand zu weisen. Die Familienplanungskommission machte darauf aufmerksam, daß ohne die seit den siebziger Jahren praktizierte strenge Geburtenregelung die Bevölkerung Chinas schon im Jahre 1986 die 1,2-Mrd.-Marke erreicht hätte, daß es

also gelungen sei, diesen Zeitpunkt um neun Jahre hinauszuschieben. Anders ausgedrückt: Vor Einführung der Familienplanungspolitik sei die Bevölkerung in zehn Jahren von 700 auf 900 Millionen angewachsen, sie sei also durchschnittlich in fünf Jahren um 100 Millionen gewachsen. Nach Einführung der strengen Maßnahmen habe die Bevölkerung trotz höherer Ausgangsbasis 13 Jahre gebraucht, um sich von 900 Millionen auf 1,1 Mrd. zu erhöhen, also sechseinhalb Jahre für 100 Millionen, und um von 1,1 auf 1,2 Mrd. anzuwachsen, habe es 7 Jahre gedauert. (GMRB, 19.1.95) -st-

Außenwirtschaft

*(21)

Das neue Schiedsgerichtsbarkeitsgesetz: Einheitliche Rechtsgrundlage für das Schiedswesen

Im August letzten Jahres wurde das "Schiedsgerichtsbarkeitsgesetz der VR China" verabschiedet. Gegenstand ist sowohl das innerchinesische Schiedsverfahren als auch das Schiedsverfahren mit Auslandsberührung. Das Gesetz wird am 1. September 1995 in Kraft treten. Von diesem Zeitpunkt an wird die VR China über eine einheitliche Schiedsverfassung verfügen.

Im Dokumententeil dieses Heftes findet sich eine Einführung in das Gesetz und eine Übersetzung des Gesetzestextes, die am Deutsch-Chinesischen Institut für Wirtschaftsrecht an der Nanjing-Universität angefertigt wurden. -hei-

*(22)

Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und USA: Konflikt um Urheberrechte spitzt sich zu

Im Streit um die Verletzung von Urheberrechten durch chinesische Unternehmen war die letzte Verhandlungsrunde zwischen den USA und China Ende Dezember ohne Ergebnisse abgebrochen worden. Danach war China eine Frist bis zum 4.2.94 eingeräumt worden, um Forderungen nach einem besseren Schutz der amerikanischen Urheberrechte zu erfüllen. Um den US-Forderungen Druck zu verleihen, hatten die USA angedroht, Strafzölle in einer Höhe von 100% für chinesische Aus-

fuhren mit einem Wert von 2,8 Mrd. US\$ zu belegen. (FAZ, 21.1. u. 30.1.95; NZZ, 4.1.95)

Das amerikanische Handelsministerium beziffert den Schaden, der durch die Verletzung der Urheberrechte den US-Unternehmen entsteht, insbesondere durch den Verkauf von Raubkopien von CDs und Software-Programmen, auf rd. 800 Mio. US\$. Zu den amerikanischen Forderungen nach besserem Urheberrecht zählen Maßnahmen gegen die 29 Fabriken, die illegal mehr als 75 Mio. Compact und Laser Discs produzieren sollen. (FAZ, 30.1.95)

Um einen Handelskrieg mit negativen Wirkungen für beide Wirtschaftspartner zu vermeiden, wurde Anfang Februar aus Beijing die Bereitschaft zur erneuten Aufnahme von Gesprächen signalisiert. Wie stets in den vorangegangenen Handelsstreitigkeiten scheint Beijing auch hier bis zur allerletzten Minute zu warten, um durch Kompromisse einzulenken. (IHT, 7.2.95) -schü-

*(23)

"Bei Geschäftsabschlüssen nicht nur auf "guanxi" verlassen"

Aufgrund der Erfahrungen ausländischer Unternehmen mit der mangelnden Zahlungsmoral und Vertragstreue einiger staatseigener Unternehmen warnen Experten davor, sich zu sehr auf die Pflege guter Beziehungen (*guanxi*) zu Regierungsstellen und Verwaltungen zu verlassen. Yungeng Hu und Jeffrey Sweet (Experten in einem Consultingunternehmen für Investitionen in China) fordern die ausländischen Investoren dazu auf, ihre Bewertungsmaßstäbe der veränderten Situation anzupassen. Dazu gehöre die Infragestellung früherer Annahmen wie

- die Beijinger Regierung trete für alle Verbindlichkeiten der staatseigenen Unternehmen ein,
- die Lokalregierungen (einschließlich der lokalen Behörden für die Vermögensverwaltung) verfügten unbeschränkt über die Vermögen der ihnen zugeordneten Unternehmen und wären für deren Aktivitäten verantwortlich und
- der Aufbau von *guanxi* helfe zwangsläufig in schwierigen Zeiten.

Hu und Sweet weisen auf das Beispiel großer Banken hin, die viele tausend Dollar in die Neueinstellung von Perso-